

Zeitarbeit | 26.03.2015 | Lesezeit 3 Min.

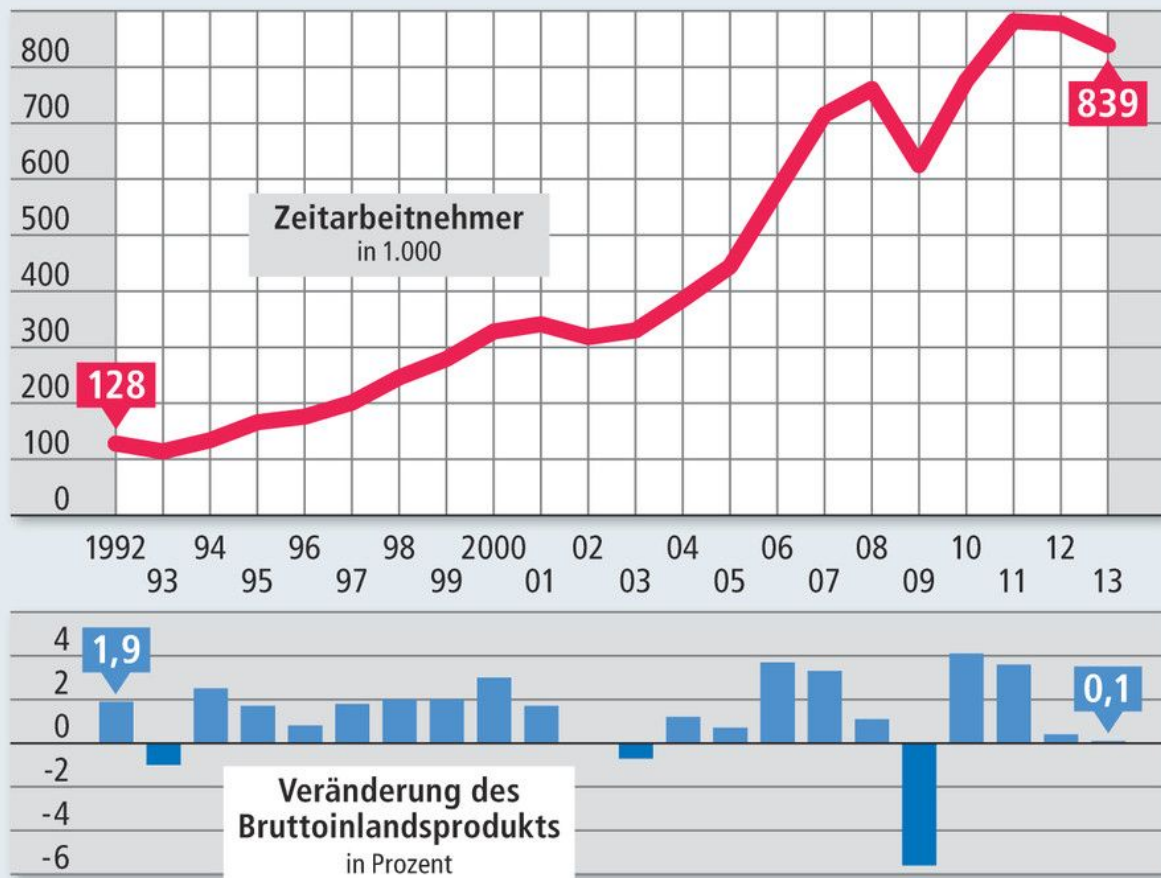
## Per Gesetz gegen Wachstum

*Das Beschäftigungswachstum der Zeitarbeitsbranche legt schon seit Jahren eine Pause ein. Ein Grund dafür ist die zunehmende Regulierung. Die aktuellen Pläne der Großen Koalition bedrohen nicht nur die Branche selbst, sondern auch die Funktionsfähigkeit des gesamten Arbeitsmarktes.*

---

Die Beschäftigung in der Zeitarbeit ist über viele Jahre stärker gewachsen als in anderen Branchen. Insbesondere die Deregulierungen durch das Hartz-I-Gesetz 2003 haben der Zeitarbeit gutgetan. Weil die Nachfrage nach Zeitarbeitern stark von der Konjunktur abhängt, gab es im Krisenjahr 2009 zwar einen Dämpfer. Doch der Verlust von rund 135.000 Stellen konnte schon im nächsten Jahr wieder ausgeglichen werden. Seit 2011 geht die Beschäftigtenzahl jedoch zurück (Grafik). Neben dem schwachen Wirtschaftswachstum könnte der Grund dafür auch in der zunehmenden Regulierung liegen:

## Zeitarbeit geht mit der Konjunktur



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwv13

1. Seit 2011 muss Zeitarbeit „vorübergehend“ sein. Was das konkret heißt, haben jedoch weder der Gesetzgeber noch die Rechtsprechung eindeutig formuliert – diese Unsicherheit lähmt Kunden und Zeitarbeitsunternehmen gleichermaßen.
1. Im selben Jahr ermöglichte der Gesetzgeber speziell für die Zeitarbeitsbranche Mindestlohntarifverträge – und die können für allgemeinverbindlich erklärt werden.

1. Auf Druck des Arbeitsministeriums schlossen die Tarifpartner 2012 und 2013 Ergänzungstarifverträge ab. Demnach bekommen Zeitarbeiter nach Einsatzzeiten gestaffelte Zuschläge von bis zu 50 Prozent.

Diese tarifliche Lösung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ reicht der Bundesregierung jedoch nicht aus. Sie will gesetzlich festlegen, dass Zeitarbeitnehmer nach einer Frist von neun Monaten denselben Lohn wie vergleichbare Beschäftigte erhalten müssen, ohne dass ein Tarifvertrag Abweichendes bestimmen kann. Dieses gesetzliche „Equal Pay“ ist nicht nur weniger differenziert als die tarifliche Lösung, sondern torpediert auch die Tarifautonomie.

Fraglich ist zudem, ob den Zeitarbeitnehmern damit geholfen wäre. Eine Befragung im Rahmen des IW-Personalpanels im Jahr 2014 ergab zwar, dass die meisten Unternehmen ihre zeitarbeitenden Facharbeiter trotz höherer Vergütung weiter beschäftigen oder teilweise sogar übernehmen würden.

Bei den Helfern, die rund die Hälfte der Zeitarbeitnehmer stellen, sieht die Sache jedoch ganz anders aus (Grafik):

---

Fast die Hälfte der Unternehmen würde ihre zeitarbeitenden Helfer vor Ablauf der Neunmonatsfrist durch andere Zeitarbeitnehmer ersetzen. Und 30 Prozent der Betriebe würden die Aufgabenbereiche dieser Zeitarbeiter auslagern oder gar aufgeben.

---

## Zeitarbeit: Helfer ziehen den Kürzeren

Wenn Zeitarbeitnehmer künftig nach neun Monaten denselben Lohn wie Stammbeschäftigte erhalten und sich Zeitarbeit dadurch verteuert, dann würden so viel Prozent der Unternehmen, in denen Zeitarbeiter eingesetzt werden, wie folgt reagieren

	FACHKRÄFTE	HELFER
Andere Zeitarbeitnehmer anfordern	34,1	47,8
Zeitarbeitnehmer weiter einsetzen	45,9	33,9
Funktion auslagern oder aufgeben	32,1	29,3
Andere Mitarbeiter einstellen	37,3	27,4
Zeitarbeitnehmer übernehmen	41,7	26,2
Betrifft uns nicht	13,5	16,2

Mehrfachnennungen; Unternehmen: mit Beschäftigtenzahl gewichteter Anteil der Zeitarbeit nutzenden Unternehmen; Befragung von 402 Unternehmen, die Zeitarbeiter einsetzen, im Jahr 2014  
Quelle: IW-Personalpanel

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 13

Damit würde diesen Mitarbeitern die Möglichkeit genommen, über einen längeren Zeitraum von Zuschlagstarifen zu profitieren. Außerdem würden sich ihre Chancen verringern, betriebspezifische Kenntnisse zu sammeln und sich so für eine Übernahme zu empfehlen.

Die Große Koalition will sogar noch einen draufsetzen und die maximale Dauer, für die ein Zeitarbeitnehmer in einem Unternehmen eingesetzt werden darf, auf 18 Monate begrenzen.

Dieser Plan erstaunt, denn die Begründung, mit der die rot-grüne Bundesregierung 2003 die zeitliche Befristung abgeschafft hat, war logisch: Solch eine Regelung sei überflüssig, schließlich habe der Gesetzgeber das „Equal Treatment“ eingeführt. Damit war und ist gemeint, dass Zeitarbeiter – sofern tarifvertraglich nichts anders vereinbart wird – in Deutschland dieselben Arbeitsbedingungen haben müssen wie die

Stammebelegschaft des Betriebs, in dem sie eingesetzt werden.

Zwar werden die meisten Zeitarbeitnehmer ohnehin nur kurzfristig eingesetzt, aber immerhin bis zu 20 Prozent von ihnen sind länger im Kundenbetrieb beschäftigt als die von der Bundesregierung willkürlich festgelegten 18 Monate.

Dies gilt vor allem für Spezialisten wie Ingenieure, die für Projekte oder Produktentwicklungen eingesetzt werden. Auch eine Elternzeitvertretung dauert mitunter länger als 18 Monate. Und ein mögliches Recht auf befristete Teilzeit dürfte die Nachfrage nach längeren Zeitarbeitseinsätzen ebenfalls erhöhen.

Die Pläne der Bundesregierung verpassen der Zeitarbeitsbranche also eine gesetzlich verordnete Schrumpfkur. Nötig wäre stattdessen das Gegenteil, insbesondere die Möglichkeit, mehr Fachkräfte als Zeitarbeiter einzusetzen und so die Branche qualitativ weiterzuentwickeln. Werden die Regulierungen wie geplant umgesetzt, widerspricht das zudem den Vorgaben der EU. Denn in der Brüsseler Logik ist die Zeitarbeit ein ganz normaler Bestandteil des Arbeitsmarktes.

Und schließlich hätten die neuen Regeln auch negative Rückwirkungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Denn erstens führt Zeitarbeit zu höherer Wettbewerbsfähigkeit jener Unternehmen, die diese Beschäftigungsform nutzen; zweitens verbessert sie den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt; und drittens ist sie für Menschen, die schon seit Jahren arbeitslos sind oder andere Benachteiligungen haben, oft der einzige Weg in einen Job.

### **Kernaussagen in Kürze:**

- Der Gesetzgeber will die Zeitarbeit stärker regulieren
- Die Unternehmen würden darauf entsprechend reagieren - und im Zweifel die Zeitarbeit ganz aufgeben
- Das hätte negative Folgen für den gesamten Arbeitsmarkt